

© **Schwerpunkt** »Stadt, Land – im Fluss«

Bauernproteste unterstreichen den Veränderungsbedarf

Die Bedeutung der Bauern und die Notwendigkeit politischer Problemlösungen

von Martin Schulz, Bernd Schmitz und Ulrich Jasper

Im Herbst 2019 kam es zu Treckerdemonstrationen in bisher ungekannten Ausmaßen. Auslöser war ein Agrarpaket der Bundesregierung mit neuen Auflagen. Aber die Gründe für den Protest der Bäuerinnen und Bauern reichen tiefer. Deutlich wird, dass das bisherige Agrarsystem, das gekennzeichnet ist durch betriebliche Spezialisierung, Mengenwachstum und Leistungszuwachs pro Tier und Hektar sowie durch die angestrebte Kostenführerschaft auf dem Weltmarkt, an seine ökologischen, sozialen, aber auch wirtschaftlichen Grenzen stößt – und die Akzeptanz in der Gesellschaft verliert. Die Landwirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel, der neue politische Rahmensetzungen erfordert.

Von den Niederländern lernen hieß für Bäuerinnen und Bauern über Jahrzehnte, sich zu spezialisieren und zu wachsen, um die Stückkosten zu senken, besonders in der Tierhaltung. Sie waren uns stets ein Stück voraus – gelten als flexibler und agieren unternehmerischer. Die Niederlande sind Agrarexportland per excellence, daran hat sich die ganze Agrarwirtschaft und Agrarpolitik des Landes ausgerichtet. 380 Prozent Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch fallen nicht vom Himmel (Deutschland 120 Prozent).

Im Herbst 2019 erteilten uns die niederländischen Kolleginnen und Kollegen eine neue Lektion. Am 1. Oktober rollten 2.000 Trecker auf Den Haag zu, sorgten für Verkehrschaos auf den Autobahnen und legten die Hauptstadt lahm. Das Medienecho war gewaltig. Auslöser waren erhebliche zusätzliche Beschränkungen für die Nutztierhalter, mit denen die von der EU gerügten zu hohen Ammoniakemissionen gesenkt werden sollten. Ein obergerichtliches Urteil hielt die Maßnahmen der Regierung noch für unzureichend. Nun wurde sogar der Vorschlag eines Abgeordneten, den niederländischen Nutztierbestand auf die Hälfte herunterzufahren, ernsthaft diskutiert. Das mussten die landwirtschaftlichen Unternehmer als Frontalangriff verstehen. Doch trotz der Demos legte die zuständige Ministerin der christdemokratischen ChristenUnion (CU) nach: Ziel der Agrarpolitik sollte nicht mehr sein, weiterhin zweitgrößter Agrarexporteur der Welt zu sein. Luftreinhaltung, Wasserschutz, Kreislaufwirtschaft und Tierwohl sollten mehr Priorität erhalten.

Von den Niederlanden lernen

Die eindrucksvollen Bilder über die holländischen Bauernproteste fielen in Deutschland auf fruchtbaren Boden. Deutsche Kollegen bereiteten im Eiltempo eine zentrale Treckerdemo am 22. Oktober in Bonn vor, wo die Bundesministerien für Landwirtschaft und Umwelt jeweils ihren Zweitsitz haben. Die »sozialen« Medien ermöglichten die bundesweite Vernetzung und Mobilisierung zum großen Teil (zunächst) am Bauernverband vorbei. »Land schafft Verbindung« heißt das neue Netzwerk. Im Ergebnis sah sich die Bevölkerung in 18 deutschen Städten mit kilometerlangen Treckerkolonnen konfrontiert. Drei Wochen später folgte eine Großaktion in Hamburg, wo die Umweltministerkonferenz tagte. Und am 26. November war Berlin das Ziel einer Sternfahrt, an der sich über 8.000 Traktoren und mehrere Zehntausend Bäuerinnen und Bauern beteiligten. Ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte. Ein starkes Signal.

Agrarpaket aus Berlin

Anlass war hier das »Agrarpaket«, das die Bundesministerinnen für Landwirtschaft und Umwelt aushandelten und am 4. September 2019 freudestrahlend präsentierten. Zuerst wurde es »nur« als schlechter Kuhhandel wahrgenommen. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) bekam die Zustimmung zu dem im Bauernverband ungeliebten Tierwohlkennzeichen-Gesetz und

Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) erhielt die Zustimmung des Agrarressorts zu einem Aktionsprogramm Insektenschutz, das deutliche Einschränkungen beim Pflanzenschutz beinhaltet: Anwendungsverbot für chemisch-synthetische Herbizide und »biodiversitätsschädigende Insektizide« in Schutzgebieten, Verbot jeglicher Pflanzenschutzmittel in den auf zehn Meter verbreiterten Gewässerrandstreifen im ganzen Land, genereller Ausstieg aus Glyphosat. Vorausgegangen war eine Einigung der Ministerinnen auf weitere Verschärfungen der Düngeverordnung mit der Vorgabe, in Gebieten mit zu hohen Nitratgehalten im Grundwasser (rote Gebiete) die Düngung auf 80 Prozent des errechneten Bedarfs der angebauten Kultur zu begrenzen.

Die Vorwürfe der Protestierenden richteten sich besonders auch gegen das »eigene« CDU-Ministerium. Das Ressort, das jahrzehntelang in enger Absprache mit dem Bauernverband wie ein Schutzschild für die Wachstumslandwirtschaft funktionierte, fiel ihnen nun in den Rücken. Diese Erfahrung hatten die Mitglieder des Bayerischen Bauernverbandes zuvor schon machen müssen, als Ministerpräsident Söder (CSU) sich öffentlich an die Seite derjenigen 1,7 Millionen bayerischen Wahlberechtigten stellte, die für das Artenschutz-Volksbegehren und damit gegen den Bauernverband gestimmt hatten.

Wer hat uns verraten?

Wie über Nacht orientierte sich Söder an den Erwartungen der nichtlandwirtschaftlichen und städtischen Bevölkerung, weil er sich davon bei den nächsten Wahlen mehr Erfolg verspricht. Bei Klöckner ist ähnliches zu beobachten: Im Ringen um die Düngeverordnung kritisiert sie öffentlich die Spitze des Bauernverbands. Dessen Einfluss auf das gefühlt ewig von CSU-/CDU-Ministern und -ministerinnen geführte Agrarministerium und auf die Unionsfraktion habe dazu geführt, dass Deutschland im EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie krachend verloren hat. Klöckner will jetzt als Wächterin gesamtgesellschaftlicher Interessen gelten. – So schnell kann das gehen.

In diesem Tempo kommen die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe nicht mit. Zumal Wasser- und Insektenschutz nicht die einzigen Herausforderungen sind: teurer Umbau der Tierhaltung für mehr Tierwohl, Fertigwerden mit den Folgen des Klimawandels (Trockenheit 2018 und 2019), Reduzierung der Treibhausgas- und Ammoniakemissionen, Ertragsmüdigkeiten und Resistenzprobleme im Ackerbau, steigende Bodenpreise und die Angst vor dem Verlust von Pachtflächen, ganz zu schweigen von mürbe machenden niedrigen Erzeugerpreisen. Dabei lauteten die Versprechungen ganz anders.

Das bisherige Leitbild bröckelt

Über Jahrzehnte gaben Ausbildung, Wissenschaft, Beratung, die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche (inklusive Genossenschaften), die Bauernverbände und ihre Fachpresse sowie ganz wesentlich auch die Agrarpolitik in Bund und Ländern die vorherrschende Richtung vor: Kostensenkung durch Spezialisierung, Mengenwachstum und Leistungszuwachs pro Tier und Hektar. Es galt, in den jährlichen Betriebsvergleichen im oberen Viertel der »Erfolgreichen« zu landen. Orientierung gaben diejenigen, die vom Hektar zehn Tonnen Weizen holten, deren Kühe 10.000 Liter gaben und sich heute am besten für bis zu 12.000 Liter im Jahr verausgaben. Hohe Tageszunahmen und Futtermittelverwertung in der Mast, große Ferkelwürfe in der Sauenhaltung, hohe Energiegehalte vom Grünland – diese Parameter sitzen tief.

Dafür wurden Höfe innerhalb von ein bis zwei Generationen umgekrempelt. Es wurden große Wachstumsschritte gemacht, viel Fremdkapital aufgenommen, Flächen dazu gepachtet und enorme Produktivitätssteigerungen erreicht. Einige waren damit sehr erfolgreich, haben das Eigenkapital des Betriebes enorm vergrößert, Lohnarbeitskräfte eingestellt und Urlaube für die ganze Familie eingeführt. Bei vielen anderen lief es nicht so gut. Als der neue Stall fertig war, stürzten die Erzeugerpreise ab, weil zu viele Betriebe ins Wachstum gegangen waren und der Markt nicht aufnahmefähig war. Doch nicht das marktblinde Wachstum wurde kritisiert, sondern individuelles Unvermögen gesucht. Viele haben sich auch bewusst gegen Wachstum, Arbeitsbelastung und Verschuldung entschieden und den Beruf des Bauern aufgegeben, um Hof und Familie zu retten. Als Auslaufmodell galten diejenigen, die einfach ohne große Wachstumsschritte weitermachten. Skeptisch, ja ablehnend äußerten sich viele Kolleginnen und Kollegen, die ganz neue Wege gingen: auf Biolandwirtschaft umstellten, Direktvermarktung angingen oder als NEULAND-Betrieb wieder Stroh in den Stall streuten und die Tiere nach draußen ließen. Da kamen Städter auf den Hof und brachten Anerkennung mit. Im Berufstand aber wurde weiterhin zu den dynamischen Wachstumslandwirten aufgesehen.

Vielfältige Krise

Jetzt wird immer deutlicher, dass die Produktivitätssteigerungen tiefgreifende Folgen für Natur und Umwelt haben und eine große Anzahl von Menschen die Art und Weise, wie wir landwirtschaftliche Nutztierhaltung betreiben, mittlerweile sehr kritisch sieht – auch in den Dörfern. Fakten wie Artenrückgang, regional zu hohe Nitratwerte sowie die Klimaveränderung

sprechen dafür, dass sich Landwirtschaft verändern muss, auch wenn andere Wirtschaftsbereiche zum Teil – wie beim Klima – einen größeren Einfluss haben. Auch die Wissenschaft warnt nun zunehmend, dass aufgrund der gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen eine internationale Kostenführerschaft nicht länger Ziel sein könne. Wir stecken in einer ökologischen und in einer gesellschaftlichen Akzeptanzkrise.

Die Politik reagiert stückweise und hastig wie bei der Düngeverordnung und dem Insektenschutz. Auch Gerichte fordern Veränderungen wie beim Kastenstand in der Sauenhaltung. All das erhöht die Produktionskosten in den betroffenen Betrieben zum Teil ganz erheblich, ohne dass ein verlässlicher finanzieller Ausgleich sichtbar wäre. Die abnehmende Hand aus Molkereien, Schlachthöfen, Warengenossenschaften, Mühlen und Handel verweist darauf, dass sich Erzeugerpreise an internationalen Märkten bilden, wo Kosten der deutschen Auflagen wenig interessieren. Zur ökologischen und sozialen Krise kommt für die Betriebe die wirtschaftliche Krise hinzu.

Veränderungen gestalten – Politik ist gefragt

Die Landwirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Es müssen neue Wege gefunden und gegangen werden. Weil es um Veränderungen für maßgebliche Anteile unserer heutigen Landwirtschaft geht, ist politisches Handeln notwendig. In einer Branche, die unternehmerisches Handeln ohne politische Einmischung als Selbstbild verinnerlicht hat, fordert das auch kulturell heraus. Aber es hilft nichts. Wenn sich in der Gesellschaft neue Zielsetzungen dauerhaft durchsetzen und Veränderungen von den Betrieben gefordert werden, muss die Politik die Rahmenbedingungen so verändern, dass Bäuerinnen und Bauern die Veränderungen umsetzen können. Der Markt ist damit in der Breite ja gerade überfordert.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Betrieben wirtschaftlich tragfähige Perspektiven für diesen Veränderungsprozess aufzuzeigen. Dazu gehört:

- eine umfassende Nutztierstrategie, die eine klare und anspruchsvolle Tierwohlzielsetzung für die kommenden zehn bis 20 Jahre im breiten Konsens vereinbart und zusätzliche Finanzierungsmittel für die zusätzlichen Tierwohleleistungen der Betriebe bereitstellt (z. B. aus einer Angleichung der Mehrwertsteuer oder aus einer Tierwohlabgabe an der Ladentheke);
- eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik und eine entsprechende Umsetzung in Deutschland, um mit den Geldern eine gerechte und zielgerichtete Honorierung bäuerlicher Leistungen für Klima-, Arten- und Umweltschutz zu finanzieren, wie es z. B. das AbL-Punktesystem vorsieht. Bäuerliche

Betriebsstrukturen, die auch für die Artenvielfalt von großer Bedeutung sind, sind durch eine höhere Förderung der ersten Hektare zu stärken;

- die Änderung der EU-Marktordnung, um schwere Marktkrisen aufgrund preisdrückender Übermengen schnell bekämpfen zu können;
- die Qualifizierung des Außenhandels, indem die notwendigen hohen sozialen und Umwelтанforderungen, die für heimische Landwirte eingeführt werden, auch im internationalen Handel mit Agrargütern und Lebensmitteln verbindlich durchgesetzt werden (qualifizierter Marktzugang);
- Vorlage einer Ackerbaustrategie, die eine klare und anspruchsvolle Zielsetzung für Umwelt-, Klima- und Artenschutz im Ackerbau für die kommenden zehn bis 20 Jahre beschreibt, die damit verbundenen Kosten abschätzt und für die Kosten, die durch die EU-Agrarreform nicht abgedeckt sind, zusätzliche Finanzmittel bereitstellt.

Die gesellschaftliche Debatte um die Bauernproteste macht deutlich, dass die heutige moderne Landwirtschaft an ihre Grenzen stößt. Sie gerät in ökologische, soziale und ökonomische Krisen und verliert zunehmend die Akzeptanz in der Bevölkerung. Staatliches Handeln ist notwendig, damit Bäuerinnen und Bauern den notwendigen Veränderungsprozess bestehen können und alle daraus einen Nutzen ziehen. Das bedeutet nicht nur für die Landwirtschaft einen Kulturwandel, sondern auch für die Politik: Auch sie muss sich trauen.



Martin Schulz

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Kosakenberg 29, 29476 Quickborn
neulandhof-schulz@gmx.de



Bernd Schmitz

Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen.

In der Haarwiese 32, 53773 Hennef-Hanf
schmitz@abl-ev.de



Ulrich Jasper

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
jasper@abl-ev.de